

**Susanne Grunwald, M.A.**

## **Berliner Konzeptionen und Sächsische Realitäten. Zur Bedeutung der Burgwallforschung für die Archäologie in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1965**

Aus Sicht der Burgwallarchäologie in Sachsen sind für die Zeit nach 1945 mehr Kontinuitäten als Brüche zu beobachten. Bis zum Mauerbau 1961 und der Durchsetzung parteipolitischer Richtlinien und des historischen Materialismus als Geschichtsphilosophie sowie einem grundlegenden Generationswechsel in der Berliner Akademie in den 1960er Jahren stand die sächsische Burgwallforschung deutlich in der Tradition der Vorkriegsforschungen. Zum einen wegen der zahlreichen personellen Kontinuitäten innerhalb des Burgwalldiskurses; zum anderen, weil man sich deutlich an der polnischen Forschung zum Frühmittelalter orientierte, die methodisch ebenfalls in die 1920er und 1930er Jahre zurückreichte, als die deutsche Ostforschung ebenso wie die polnische Westforschung aggressiv ethnische Deutungen versuchten und archäologische und historische Argumente zu instabilen Mischargumentationen aufbauten. Gleichzeitig hatte sich der ideologische und der politische Rahmen aller Forschungen radikal geändert, der einstige Gegner im Osten war Bündnispartner, frühgeschichtliche Kulturen wurden umbewertet und eine einheitliche Geschichtsphilosophie begann sich durchzusetzen, die neue Fragen und Perspektiven in die Forschung einführte.

Durch die Kooperationen mit Polen und der CSSR entwickelten sich während der 1950er Jahre mehrere internationale wissenschaftliche Präsentationsstrukturen, die langfristig Einfluss nahmen auf die Forschungen in der DDR. Mit der Aufnahme offizieller Kooperationsverhandlungen mit der Polnischen Akademie 1956 nach dem deutsch-polnischen Kulturabkommen von 1952 begann eine Reihe konkreter Projekte, gemeinsamer Ausgrabungen, ein Studentenaustausch, vor allem aber eine Vielzahl gemeinsam konzipierter und durchgeführter Kongresse und Tagungen. Auf eine tschechische Initiative hin wurden ab 1961 Internationale Kongresse der slawischen Archäologie abgehalten, die zum Forum nationaler Großforschungsprojekte wurden und ein Netzwerk politisch opportuner und wissenschaftspolitisch effizienter Fachvertreter der Staaten des Warschauer Vertrages knüpften. Die DDR-Archäologie, vertreten durch Burgwallforschungen und Keramikstudien zum als „slawisch“ bezeichneten Frühmittelalter, erhielt damit Zugang zu einem internationalen archäologischen Diskurs, was internationale Anerkennung und Prestige versprach und von Regierungsseite ausdrücklich gefördert wurde.

Die 1947 an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegründete Kommission für Vor- und Frühgeschichte (ab 1952 Sektion für Vor- und Frühgeschichte; ab 1953 Institut für Vor- und Frühgeschichte) wurde unter dem Vorsitz von Wilhelm Unverzagt schnell zum Gremium der führenden Fachgelehrten zur Anleitung und Koordinierung der archäologischen Forschung sowie der damit verbundenen öffentlichen Belange, u.a. der Bodendenkmalpflege, und war wie die gesamte Ostberliner Akademie

bis zum Mauerbau gesamtdeutsch ausgerichtet. Anders als vor 1945 bestand damit eine koordinierende, beratende Zentralstelle für alle Belange der archäologischen Forschung und Denkmalpflege auf dem Gebiet der SBZ/DDR, die die sächsischen Forschungskonzeptionen u. a. bei der Burgwallaufnahme beeinflusste.

Mit der Verordnung vom 28. Mai 1954 zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer fand das jahrzehntelange Bemühen um wirkungsvolle Schutzmaßnahmen im Ostteil Deutschlands ein vorläufiges Ende. Jedoch setzten die ökonomischen Erfordernisse wie in der Zeit vor 1945 enge Grenzen. Letztendlich entschied das persönliche Engagement über die Umsetzung des gesetzlichen Denkmalschutzes vor Ort, so dass der Denkmalstatus von fast 70 % aller sächsischen Burgwälle im Jahr 1968 (1945: 39 %) als Zeichen energischer behördlicher wie ehrenamtlicher Arbeit in der Amtszeit des sächsischen Landesarchäologen Werner Coblenz zu werten ist.

Vor wie nach 1945 steuerten die sächsische Forschung und mit ihr die Burgwallforschung keine wesentlichen Argumente zu politischen Diskursen bei, weil dies von Seiten des Staates angesichts der zu konstruierenden neuen sozialistischen nationalen Identität nicht gefördert wurde. Ebenso wie vor 1945 nutzte die Archäologie dann politische Argumente, wenn es dem Fach diente, in diesem Falle dem bürgerlichen, traditionellen gesamtdeutschen Fachverständnis, wie es Wilhelm Unverzagt und Werner Coblenz vertraten.

**Sebastian Heber, M.A.**

## **Wilhelm Unverzags Rolle im Nachkriegsdeutschland**

Wilhelm Unverzagt stand 1945 vor den Trümmern seines bisherigen Schaffens. Das Berliner Museum war zerstört, ein Großteil der wertvollsten Funde, die Unverzagt im Zoo-Bunker übergeben hatte, waren in die Sowjetunion verbracht worden und befinden sich zum Teil bis heute dort. Weitere in Lebus ausgelagerte Funde und Materialien waren dort während und nach dem Krieg zerstört und geplündert worden. Unverzagt selbst war während des Krieges mehrmals ausgebombt worden und wohnte nun bis zu seinem Lebensende 1971 in Berlin-Charlottenburg.

Im Juli 1945 verlor Unverzagt auf Grund seiner NSDAP-Mitgliedschaft sein Amt als Museumsdirektor, auch seine Versuche, die Geschicke des Museums weiter zu mitzubestimmen, scheiterten und endeten im November 1945 mit einem Hausverbot für ihn. Zuvor war bereits auf Grund seiner NSDAP-Mitgliedschaft auch der Versuch gescheitert, an der wiederbegründeten Berliner Universität Fuß zu fassen. Auch spätere Versuche Unverzags, in den 1950-er Jahren wieder in den Lehrbetrieb zurück zu kommen, scheiterten an seiner Vergangenheit.

Erst ab 1946 ging es wieder aufwärts. Bereits zu Beginn des Jahres wurde er von der Sowjetischen Militäradministration beauftragt, Pläne für ein "Institut zur Erforschung der materiellen Kultur der Altslawen" an einer nach sowjetischem Vorbild neu einzurichtenden Akademie der Wissenschaften, auszuarbeiten. Die sowjetischen Stellen scheinen dabei wesentlich weniger Probleme mit der Zusammenarbeit mit belasteten Fachwissenschaftlern gehabt zu haben. Die deutsche Zivilverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone dagegen hatte da schon wesentlich mehr Probleme mit Unverzagt, trotz seines 1946 angestrebten Widerspruchsverfahrens, in dem er auch zahlreiche Gutachten (sog. Persilscheine) anderer Fachwissenschaftler vorlegte, die seine Gegnerschaft zum NS - Regime belegen sollten. Insbesondere die für Bildung und Wissenschaft zuständige Zentralverwaltung, unter der Leitung des aus dem sowjetischen Exils zurückgekehrten KP - Funktionärs Paul Wandel, verzögerte die Einrichtung eines Institutes für Vor- und Frühgeschichte unter der Leitung Unverzags an der Akademie. Daher wurde kein Institut gegründet, sondern eine Kommission und diese stand seit ihrer Gründung 1947 bis 1949 unter der Leitung des Historikers F.Rörig. Unverzagt war dort lediglich als gehobener wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt, scheint aber die Fäden bereits in der Hand gehalten zu haben.

1949 dann erfolgte die Aufnahme Unverzags in die Deutsche Akademie der Wissenschaften und die Übernahme der Leitung der Kommission, aus der 1953 dann das Institut hervorging, welches er bis zu seiner Pensionierung 1963 leitete. Unverzagt bestimmte durch seine zentrale und wichtige Position an

der Akademie die Entwicklung und die Schwerpunkte innerhalb der DDR Forschung maßgeblich mit. Über die 1952 gegründete Sektion für Vor- und Frühgeschichte an der Akademie hatte er maßgeblichen Einfluss auf alle Landesdenkmalämter und Landesmuseen in der DDR und auf die Ausarbeitung von gemeinsamen Forschungsschwerpunkten. Wissenschaftlich konzentrierte er sich auf die Fortsetzung seiner schon vor dem Krieg begonnenen Burgwallforschungen und nahm zum Ende der 1950-er Jahre sogar seine zum Kriegsende unterbrochenen Untersuchungen in Lebus wieder auf. Er begründete zumindest 1946 die Fortsetzung seiner Forschungen noch genau wie vor dem Krieg damit, den tschechischen und polnischen Forschungen "eine deutsche auf den Fundtatsachen aufgebaute Darstellung entgegenzusetzen".

Unverzagt hatte als West-Berliner Bürger unter der zunehmenden Spaltung Deutschlands zu leiden. Ein Umzug in die DDR kam ihm jedoch nie in den Sinn. Durch seine Stellung zwischen beiden Blöcken konnte er zahlreiche Kontakte vermitteln. Er war weiterhin Mitglied von DAI und RGK und vermittelte zeitgleich durch die Einbeziehung westdeutscher Fachkollegen an die Akademie den sonst in ihren Reisemöglichkeiten eingeschränkten DDR-Forschern Kontakte zu westdeutschen Kollegen. Gleichzeitig half er bei der seit 1955/56 staatlich verordneten, verstärkten Zusammenarbeit der benachbarten Akademien der sozialistischen Nachbarländer DDR, Polen und ČSSR um Vermittlung und Einbeziehung westdeutscher Forscher. Aus seiner Tätigkeit für die DDR zog er zumindest seit Erreichen des Rentenalters keinerlei finanzielle Vorteile, da ihm sein DDR-Gehalt von der Westberliner Rente abgezogen wurde. Er setzte seine Tätigkeit für die DDR auch nach dem Mauerbau 1961 trotz aller Schwierigkeiten fort und war deshalb umso enttäuschter, als er 1963 aus Altersgründen in den Ruhestand geschickt wurde. Er behielt allerdings bis zu seinem Tode 1971 ein Arbeitszimmer an der Akademie der Wissenschaften der DDR (wie sie nun hieß).

**Katharina Krall, M.A.**

## **Provenienzforschung im Hegau-Museum**

Seit 1925 kümmerte sich der Singener Apotheker Albert Funk um das archäologische Erbe seiner Wahlheimatstadt Singen. Ihm war es zu verdanken, dass über Jahrzehnte hinweg in Singen und im Hegau Grabungen durchgeführt wurden, bei denen zum Teil sensationelle Funde zu Tage kamen.

1951 konnten Teile dieser Funde ihre Heimat in den Ausstellungsräumen des Singener Schlosses beziehen. Viele archäologische Funde sind jedoch in den turbulenten 1930er Jahren und den darauf folgenden Jahrzehnten auf nicht ganz durchsichtige Weise ins Hegau-Museum gelangt bzw. von dort auch „verschwunden“. Um diese Stücke geht es bei einem Forschungsprojekt, das durch die Provenienzforschungsstelle in Berlin unterstützt wird.

Über Albert Funk ist nur wenig Privates bekannt. In vielerlei Hinsicht scheint sein Nachlass sehr unpersönlich, es steht eindeutig die Archäologie im Mittelpunkt. Vermutlich wurde sein Nachlass sogar von ihm selbst oder von seinen Angehörigen „gereinigt“. Für Funk waren die Archäologie, der Naturschutz und die Denkmalpflege ein echtes Anliegen. Diese drei Gebiete nahmen laut Akten seine ganze Zeit in Anspruch.

Die Gesetze des Landes Baden machten in den 1920er Jahren keinen eindeutigen Unterschied zwischen archäologischen Funden, die in staatlichen oder privaten Händen zu verbleiben hatten. In der Praxis konnten sich Privatleute und Museen an den Funden für ihre jeweiligen Sammlungen bedienen. So auch Funk: Teilweise wurden archäologische Fundstücke von ihm an archäologische Institute übergeben, teilweise bewahrte er sie selber in seiner Privatwohnung, seiner Apotheke und an anderen Stellen auf.

Die Recherchen haben gezeigt, dass während der NS-Zeit nicht nur Fundstücke von Funk bewahrt wurden, sondern dass Funk in dieser Zeit auch Funde ankaufte bzw. auf anderen Wegen in seinen Besitz brachte, dass also Privateigentum im Einzelfall in staatliche Hände – in unserem Fall an den staatlich eingesetzten Denkmalpfleger – überging.

Die Sichtung der Akten hat außerdem ergeben, dass seitens einiger Heimatpfleger im Hegau ausgezeichnete Verbindungen zu NS-Größen bestanden. Im Falle Funks lassen sich diese Verbindungen nur schwer nachweisen, sind aber anzunehmen und teilweise durch sein Engagement und Schriften zu belegen. Er war außerdem Mitglied der NSDAP, des NSDÄ und der NSV.

Sowohl wissenschaftlich als auch politisch gab es nach 1945 keine großen Veränderungen. Albert Funk zumindest hat nach 1945 genauso weitergearbeitet wie davor. Für ihn standen die Funde absolut

im Mittelpunkt, dabei scheint ihn wenig interessiert zu haben wer gerade politisch an der Macht war. Unter dem NS-Regime scheint seine Arbeit einfacher gewesen zu sein als davor, was Funks eher positive Einstellung zum NS-Regime erklären würde. Allerdings hatte Funk auch nach 1945 keinerlei Probleme sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Funks Heimatverständnis war in großem Maße breitenkompatibel, so dass er sowohl in der Weimarer Republik, im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik problemlos agieren konnte.



**Dr. des. Dirk Mahsarski, Dipl. Biol.**

## **Von der *germanischen Stadt der Frühzeit* zum *Handelsplatz der Wikingerzeit* – Herbert Jankuhns Rückkehr in den Wissenschaftsbetrieb**

Herbert Jankuhn war einer der produktivsten, methodisch vielseitigsten und prägendsten deutschen Prähistoriker des 20. Jahrhundert. Er war aber zugleich auch ein überzeugter, einflussreicher und engagierter Nationalsozialist. Grundlegend für seine Karriere waren die Übernahme der Grabungsleitung von Haithabu im Sommer 1931 und der Eintritt in die SS Anfang 1937. Mit Unterstützung Heinrich Himmlers und des SS-Ahnenerbes wurde Jankuhn 1938 Direktor des Kieler Museums vorgeschichtlicher Altertümer, 1940 außerplanmäßiger Professor in Kiel und 1941 Ordinarius in Rostock. Seit 1942 war er vom Reichserziehungsministerium und der SS als Präsident des Reichsinstitutes für Vorgeschichte vorgesehen. Daneben verfolgte Jankuhn eine steile Karriere in der SS, wo er bis zum Leiter der Abteilung für Ausgrabungen des SS-Ahnenerbes und zum Dritten Generalstabsoffizier im IV. SS-Panzerkorps aufstieg. Im Zuge dessen beteiligte er sich am Kunst- und Kulturgutraub in den besetzten Gebieten und an der ideologischen Schulung von skandinavischen Freiwilligen der Waffen-SS.

Zusammen mit dem Rest des IV. SS-Panzerkorps geriet Herbert Jankuhn am 8. Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Eine geplante Aussage Jankuhns im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess kam nicht zustande, weil Anklage und Verteidigung auf die Aussage ranghoher SS-Generäle verzichteten. Schließlich überstellte die US-Army Jankuhn im Herbst 1947 in den britischen Sektor.

Dort verlief seine Entnazifizierung parallel in zwei Ebenen, einmal durch die britischen Spruchgerichtshöfe, die für alle Angehörige der zu verbrecherischen Organisationen erklärten NS-Verbände zuständig waren, und gleichzeitig durch die Entnazifizierungsausschüsse des Landes Schleswig-Holstein.

Nachdem Jankuhn in erster Instanz jeweils nur als Mitläufer eingestuft worden war, ging er in beiden Verfahren in Revision und wurde durch den Obersten Spruchgerichtshof der britischen Zone in allen Punkten für unschuldig befunden. Der Entnazifizierungshauptausschuss des Landes Schleswig-Holstein folgte diesem Urteil und stufte Jankuhn 1950 als „unbelastet“ ein. In beiden Verfahren hatten Falschaussagen und Gefälligkeitsgutachten, die ihm eine große Zahl einflussreicher Kollegen ausstellte, eine wesentliche Rolle gespielt.

Damit wurde gleichzeitig auch ein Grundstein für den späteren – im Fach dominierenden Mythos von der Unwissenschaftlichkeit und ideologischen Verblendung des Amtes Rosenberg im Gegensatz zum SS-Ahnenerbe als Zufluchtsort der „reinen“ prähistorischen Wissenschaft gelegt. Einen Mythos, den

Jankuhn durch seine Aussagen gegenüber Michael Kater in den 1960ern weiter ausbauen und verfestigen konnte.

Nachdem eine erste Bewerbung auf die Nachfolge Jacob-Friesens als Direktor des Hannoverschen Landesmuseums 1953 scheiterte, gelang Jankuhns Rückkehr in den Wissenschaftsbetrieb 1956 ebenfalls primär durch die Unterstützung seines Netzwerkes von Forschern mit ähnlichem Hintergrund. Zusätzlich trug die Gesetzeslage in der BRD bei, die es dem Land Niedersachsen erlaubte, seinen Lehrstuhl über den Bundeshaushalt zu finanzieren, denn Jankuhn war 1952 in den Kreis der Hochschullehrer zur Wiederverwendung gem. Art. 131 GG, weil seine alte Professur in Rostock in der DDR lag.

In seinen späteren wissenschaftlichen Arbeiten setzte Jankuhn sein bisheriges Forschungsprogramm aus der Zeit vor 1945 praktisch kontinuierlich fort, während er sich aus dem populärwissenschaftlichen Bereich deutlich zurückzog.

**Prof. Dr. Ulrich Müller**

## **Der limes saxoniae – Grundlagen seiner Interpretation seit den 1920er Jahren**

Der Limes Saxoniae (= l.s.) ist ein Grenzgebiet, das im frühen Mittelalter die slawischen Siedlungsgebiete obodritischer Teilstämme und des sächsisch-karolingischen Herrschaftsbereiches abgrenzt. Er reicht von der Kieler Förde bis zur Niederelbe und setzt sich in seinem Verlauf über das Wendland bis zur mittleren Elbe fort. Adam von Bremen beschrieb um 1075 in der von ihm verfassten „Gesta Hamburgensis ecclesiae pontificum“ (Hamburger Kirchengeschichte) (2. Buch, Kap. 15b) den Grenzverlauf, der sich an geografischen Begebenheiten orientiert (Flüsse, Seen, Wälder usw.). Auf der Grundlage schriftlicher Quellen wird vermutet, dass die Grenzziehung durch Karl den Großen erfolgt ist. Weiterhin wurde die Vermutung geäußert, dass Adam von Bremen eine Begründung für die Grenze zwischen dem Erzbistum Hamburg-Bremen und Oldenburg (später Lübeck) habe geben wollen. Weiterhin wird vermutet, dass die Grenze ursprünglich linear konzipiert war, sich aber zu einer Wald- und Ödlandzone i.S. eines Grenzsaumes wandelte. Westlich wie östlich des l.s. finden sich eine Reihe von Burganlagen, die die ältere Forschung als Teil des limes angesehen und damit die lineare Struktur begründet hat. Weiterhin wurden diese Anlagen aufgrund ihrer Bauweise und des Fundmaterials ethnisch (sächsisch, karolingisch, ottonisch, slawisch) interpretiert. Archäologische Quellen sowie Toponyme zeigen jedoch einen Grenzsaum, der sehr unterschiedlich als politische, militärische, religiöse, kulturelle, ökonomische oder sprachliche Grenze verstanden werden und eine zeitliche Dynamik aufweist. In der Erforschung des l.s. lassen sich grob mehrere Phasen unterscheiden

Das späte 19. Jh. bis in die späten 1920er Jahre

Die Diskussion vollzieht sich vor einer zunehmenden Nationalisierung insbesondere in der Germanistik, Volkskunde und Geschichte. Der l.s. wird nahezu ausschließlich auf der Grundlage nicht-archäologischer Quellen erschlossen. Vorherrschend (Bangert; Handelsmann) ist das Bild einer politisch-militärischen Grenze, die durch Grenzanlagen und Befestigungen gesichert ist und damit dem Bild eines "Germanischen und römischen Grenzkonzeptes" folgt bzw. zu seiner historischen Legitimation dient. Geofaktoren werden durch die Forschung (Struck; Lipp) als Gunst- und Ungunsträume auch national-ethnisch interpretiert.

Mit den Aktivitäten von C. Schuchardt setzt eine professionelle archäologische Dokumentation ein, die zu neuen Einsichten über das Verhältnis Burgwälle und Limesverlauf sowie deren hist. Interpretation führt. Die Studie durch Hofmeister (1927) vollzieht sich nicht nur vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Schuchardt, sondern fundamentierte das Bild „*dass eine deutsche Grenze durch slawisches Gebiet gezogen wurde ...und das dem eigentlichen Reichsboden als Vorhut diene. Natürlich sollte*

*diese Grenze, zumal wir sie als eine bewehrte kennen gelernt haben, deutsche Bevölkerung schützen*“ (Hoffmeister 1927).

#### Die 1930er und 1940er Jahre

In den 1930er und 1940er Jahren wird diese Bild nicht nur beibehalten, sondern im Sinne der Diskussion um Volks- und Kulturboden ausgebaut und mit den gängigen Bildern der „Minderwertigkeit“ slawischer Kultur kombiniert. Der l.s. spielt dahingehend eine Rolle, als seine „Errichtung“ als Ausdruck sächsischen Stammeswirkens und karolingischer Geopolitik interpretiert wird (Matthiesen; Hülle). Diese Interpretation folgt in gewissem Sinne einem Verständnis von „wehrhaften Mannschaftsverbänden“ (Otto Höfler) und „bäuerlichen Siedlergruppen“ (Bernhard Kummer). Konsequenz ist das weitestgehende Fehlen einer Beschäftigung mit dem l.s. seitens der Archäologie, die den Nachweis eines urdeutschen Volksbodens pflegt, so dass sächsische Burgwälle (z.B. Tagung Ahnenerbe 1939) in der Forschung auch in Schleswig-Holstein im Vordergrund stehen. Eine Ausnahme bildet die Studie von K. Huckle über Ostholstein auf der Grundlage arch. und sprachlicher Quellen.

#### Die Nachkriegszeit bis zum Beginn der 1970er Jahre

Die Nachkriegszeit ist vor allem durch historische und philologische Studien gekennzeichnet, die sich Fragen des Grenzverlaufs sowie der Burgenorganisation widmen. Hierbei werden die Ergebnisse der archäologischen Burgwallforschung (Datierung, Ansprache) für die historische Interpretation aufgegriffen. Ein eigentlicher archäologisch-historischer Diskurs findet mit Ausnahme der Studie von Lammers kaum statt. Die Übersichten von Kersten (1951) und Jankuhn (1957) spiegeln den Stand der Vorkriegszeit wieder; durch Struve (1970) erhält die Forschung dann neue Impulse.

#### Die Zeit zwischen den 1970er bis 1990er Jahren

Diese Zeit ist durch großangelegte Forschungsprojekte zu slawischen Siedlungen gekennzeichnet. Besonders ostholsteinische Plätze wie Bosau oder Oldenburg werden intensiv und interdisziplinär erforscht. Eine verbesserte arch. Methodik (Datierung der Keramik; Stratigrafie; Dendrodaten) bewirkt die Verdichtung der siedlungsarchäologischen Daten und auch in der historischen sowie onomastischen Forschung steht weniger die ethnische Interpretation im Vordergrund, sondern die diachrone wie synchrone Untersuchung von Siedlungslandschaften. Trotzdem resümiert Kempke (1998), dass das „Geschichtsbild aus der Kombination von archäologischen Daten und schriftlichen Quellen“.

#### Die Zeit nach 1990

Veränderte ökonomische und politische Rahmenbedingungen (Globalisierungsdebatten; polt. Umbrüche in Osteuropa usw.) und deren gesellschaftliche wie wissenschaftliche Wahrnehmung führen zu einem neuerlich Diskurs um Konzepte von Grenze und mit ihr verbundene Kategorien. Vor dem Hin-

tergrund des „spatial turn“ in den Kulturwissenschaften kommt es auch in der Archäologie zu einer neuen Diskussion von Grenzkonzepten. Dies schlägt sich sowohl in der Rezeption der kulturhistorischen Forschung nieder (Hardt 2003) als auch in der Anwendung statistisch-räumlicher Modelle (Saile 2007). Damit wird der Weg von der Interpretation der linearen Grenze und dem Grenzsaum zu einem Verständnis von Grenze als „Kommunikationsraum“, „Transferraum“ oder „Peripherräume“ geebnet. Weiterhin zeigt es sich, dass sowohl für die slawischen Siedelgebiete Ostholsteins eine vergleichende Analyse fehlt als auch für die „sächsischen Burgen“ westlich des I.s.

Die populärwissenschaftliche Rezeption des limes Saxoniae steht noch aus. Drei Punkte seien hier genannt:

1. In der Lokal- und Regionalhistorie ist nach wie vor die Frage des genauen Grenzverlaufes von Bedeutung. Dabei spielt sowohl die ethnische Interpretation als insbesondere die Verbindung mit historischen Ereignissen eine wichtige Rolle.
2. In den Publikationen der 1950er und 1960er Jahre wird nicht nur das Bild des „deutschen Siedelwerkes“ tradiert, sondern auch die negative Darstellung slawischer Kultur fortgeführt. Exemplarisch genannt sei hier Ehlers/Arens (Aus Schleswig-Holsteins Vergangenheit 1953) oder Putzgers Weltatlas von 1961 („Altes deutsches Volksgebiet; bäuerliche Ostsiedlung“), die sich fast nahtlos an die Konzepte von J.O. Plafmann (Landnahme – Kolonisation) anfügen.
3. Bis heute werden die Thesen des Kieler Forscher W. Steller rezipiert, der (u.a. 1959) die Existenz slawischer Bevölkerung generell negierte und von einer germanischen heidnischen Restbevölkerung sprach. Diese von der Fachwelt ablehnend bewerteten Thesen haben allerdings in unterschiedlicher Form bis heute Eingang in die Öffentlichkeit gefunden.

**Timo Saalman, M.A.**

## **Den Verlust erinnern. Die prähistorische Sammlung der Berliner Museen nach 1945**

Das Staatliche Museum für Vor- und Frühgeschichte in Berlin lag am Ende des Zweiten Weltkriegs in Trümmern. Unter dem Schutt des stark kriegszerstörten Museumsgebäudes befanden sich nur noch wenige Exponate, die weder bei den fieberhaften Auslagerungen im letzten Kriegsjahr noch bei die Beschlagnahmen durch sowjetische „Trophäenbrigaden“ Beachtung gefunden hatten. Dagegen hatte Museumsdirektor Wilhelm Unverzagt mit dem als „Schatz des Priamos“ bekannten bedeutenden Goldfund aus Heinrich Schliemanns Troja-Grabungen zentrale Ausstellungsstücke des Museums den sowjetischen Besatzungstruppen übergeben.

In den folgenden Jahrzehnten spielte das Schicksal des „Schatz des Priamos“ eine wichtige Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Museumsgeschichte, vor allem weil Schliemann seine Funde dem „Deutschen Volke“ geschenkt hatte und die Öffentlichkeit seine Gabe als Teil des nationalen Kunstbesitzes verstand. Daran knüpfte die deutsche Nachkriegsgesellschaft ein Narrativ an, das angesichts der massiven Kriegszerstörungen und -verluste sowie der zeitweisen Beschlagnahmen von Kulturgut durch die Alliierten die Selbstwahrnehmung der Deutschen als geschlagene Nation und Opfer der NS-Diktatur spiegelte. Auch die prähistorische Archäologie trug zu dieser Wahrnehmung bei.

Als der „Schatz des Priamos“ nicht zu den Gegenständen gehörte, die Mitte der fünfziger Jahre von der UdSSR an die DDR zurückgegeben wurden, gewann der Umgang der Alliierten mit deutschem Kulturgut zunehmende Relevanz in der Systemkonkurrenz und in der deutsch-deutschen Politik. Rückführungen von Sammlungsgut in die seit 1948 in Ost und West als getrennt voneinander agierenden Museumsorganisationen – Museumsinsel und Dahlem – hatten daher nicht nur wichtige kunstpolitische, sondern auch bündnis- und deutschlandpolitische Funktionen.

Spätestens nach dem Mauerbau etablierte sich in den frühen sechziger Jahren mit der Gründung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und des Umzugs der prähistorischen Abteilung in den Langhansbau des Charlottenburger Schlosses ein Bewusstsein bei den Berliner Museumsleuten, das immer weniger Bezug auf die Verluste nahm als vielmehr die eigene Wiederaufbauleistung der Nachkriegszeit in den Vordergrund rückte. Auch solche fachwissenschaftlichen Narrative trugen dazu bei, dass sich West und Ost auseinander entwickelten.

**Judith Schachtmann, M.A.**

## **Walter Frenzel und die ethnographische Sammlung Łódź**

Walter Frenzel (1892-1941) zählt auch heute noch zu den bekanntesten Archäologen der sächsischen Oberlausitz. Sein Name ist eng mit dem Aufbau der regionalen archäologischen Denkmalpflege der Oberlausitz, vor allem in und um Bautzen, sowie mit einer damit einhergehenden breiten Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Biographische Arbeiten über Frenzel wenden sich hauptsächlich seiner Bautzener Schaffensperiode zu. Im Gegensatz dazu wurde sein zweiter Lebensabschnitt, der mit dem Wechsel an die Hochschule für Lehrerbildung in Frankfurt a. d. Oder im Juli 1936 beginnt und mit seinem Tode im März 1941 in Salzenforst endet, bislang noch nicht aufgearbeitet.

Frenzel, der schon in seiner Bautzener Zeit einige populäre und populärwissenschaftliche Vorgesichts- und Geschichtslehrbücher verfasste, nahm an der Hochschule für Lehrerbildung mit den ihm erteilten Lehrauftrag für Deutsche Vorgeschichte und Methodik des Geschichtsunterrichtes direkten Einfluss auf zu vermittelnde Inhalte auszubildender Geschichtslehrer und prägte damit die Anschauungen einer Reihe zukünftiger Lehrer.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nahm Frenzel als Oberleutnant am sog. Polenfeldzug teil und führte in den ersten Kriegsmonaten „Ausgrabungen“ auf polnischem Territorium durch. Nach seiner Ankunft in Łódź nahm er ab 1940 zunächst inoffiziell später als offizieller Beauftragter die Sicherstellung von 22.000 polnischen und jüdischen Kulturgütern, vor [Angabe W.F.]. Im November 1940 wurde er zum Direktor des ethnographisch - vorgeschichtlich - volkskundlichen Museums Litzmannstadt / Łódź berufen. Während er einerseits einen Ausbau der vorgeschichtlichen Abteilung vorsah, leitete er andererseits den Verkauf der ethnographischen Sammlung des Museums ein. Der Verkauf erfolgte nach seinem Tode 1941 zunächst an das Museum für Völkerkunde nach Leipzig. Wenig später wurden Teile der Sammlung an verschiedene Museen in Hamburg, Köln und Göttingen weiterverkauft. Nur ein Teil dieser Sammlung wurde bis heute restituiert.

Der Vortrag soll neben der Ergänzung seiner Biographie mit Schwerpunkt auf den Zeitraum 1936 bis 1941 auch den Umgang mit seinem wissenschaftlichen Erbe vorstellen. Dies vor allem vor dem Hintergrund seiner Rolle bei der Verstrickung verschleppter Kulturgüter am Beispiel der ethnographischen Sammlung Łódź.

**Dana Schlegelmilch, M.A.**

## **Gero von Merharts Rolle in den Entnazifizierungsverfahren „belasteter“ Archäologen**

Gero Merhart von Bernegg (1886-1959) wurde im Jahr 1927 nach Marburg auf den ersten Ordentlichen Lehrstuhl für Vorgeschichte im Deutschen Reich berufen; er widmete sich in den folgenden Jahren konsequent dem Aufbau des Marburger Seminars sowie der daran gebundenen nordhessischen Denkmalpflege und war Lehrer und Vorbild einer ganzen Reihe bedeutender Prähistoriker der nächsten Generation.

Nach 1933 kam Merhart nicht nur mit Hans Reinerth und dem Amt Rosenberg in Konflikt; auch in Teilen der SS galt er als „weltanschaulich unzuverlässig“, obwohl viele seiner Schüler selbst SS-Angehörige waren.

Die Intervention des Reichsführer-SS Heinrich Himmler im Reichserziehungsministerium führte zur Beurlaubung und schließlich Pensionierung Merharts, der allerdings im Gegenzug mit einem Forschungsauftrag des SS-Ahnenerbes ausgestattet wurde. Trotz dieser Tatsache wurde Merhart 1945 durch die US-Amerikaner – als entlassener Hochschullehrer – als Opfer des Nationalsozialismus eingestuft und war daher nicht vom „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ betroffen. Damit wurde er auch zu einer Schlüsselfigur bei der Erstellung von Gutachten für Entnazifizierungsprozesse, in denen er beeidete, dass die beschuldigte Person sich ihm gegenüber auch dann noch anständig verhalten hatte, nachdem er aus dem Amt gedrängt worden war.

Mit dieser Strategie verfasste er unzählige „Persilscheine“ für sehr viele der belasteten Prähistoriker und sagte darüber hinaus in mindestens vier Spruchkammerverfahren aus. Ausschlaggebend für die Gewährung eines Gutachtens war für Merhart aber nicht der Grad der tatsächlichen politischen Belastung; vielmehr agierte Merhart in dem Selbstverständnis, „für das Fach“ zu handeln und Personen zu entlasten, deren Position oder wissenschaftliche Leistung von ihm als bedeutend für die Prähistorie eingestuft wurde.

Aus demselben Verständnis heraus bemühte er sich auch um die Rückkehr Gerhard Bersus aus dem britischen Exil; diesen drängte er, die Leitung der RGK wieder zu übernehmen.

Zwei Spruchkammerverfahren hatten für Merhart eine besondere Bedeutung:

Einerseits engagierte er sich sehr für die Rückkehr seines Schülers und Nachfolgers Wolfgang Dehn auf den Marburger Lehrstuhl; andererseits bildete er zusammen mit anderen Prähistorikern eine Front gegen die Entnazifizierung Hans Reinerths und erklärte sich auch bereit, als Hauptbelastungszeuge gegen diesen auszusagen. So war Merhart entscheidend daran beteiligt, nach 1945 eine Richtung der Prähistoriker wieder in das Fach zu bringen und die andere hinauszudrängen, ohne dass letztere alleine die nationalsozialistische Prähistorie verkörpert hätte. Deutlich wird, dass die Wurzel der Legende von

der „reinen Wissenschaft“ in der SS und der „belasteten Wissenschaft“ im Amt Rosenberg schon während der Phase der Entnazifizierungen gelegt wird.

Diese wird sich auch 20 Jahre später noch in den Arbeiten von Bollmus und Kater niederschlagen und erfährt erst in den letzten Jahren eine Revision. Das Jahr 1945 erscheint in dieser Perspektive somit einerseits als Bruch; andererseits wurde Kontinuität jedoch auch bewusst und mit großer Mühe sichergestellt.

**Dr. Michael Strobel**

## **Werner Radig – Ostforscher im Generalgouvernement und Träger des Vaterländischen Verdienstordens der DDR**

1949 wurde Hans Reinerth aus der prähistorischen Archäologie ausgeschlossen. Das Odium, ein Schüler oder Anhänger des völkischen Vorgeschichtswissenschaftlers gewesen zu sein, warf auch viele von ihnen aus ihrer beruflichen Laufbahn. Nur wenigen gelang es, nach Kriegsende in das Fach oder zumindest eine fachbezogene Anstellung zurückzukehren. Dies gilt für beide deutsche Staaten. Als Landesleiter Sachsen wurde der Wurzener Kötzschke-Schüler Werner Radig (1903-1985) schon im Sommer 1933 in eine Führungsposition in Reinerths Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte berufen; seine Loyalität belohnte der Reichsbundführer 1936 mit einer Berufung an die Hochschule für Lehrerfortbildung in Elbing, 1941 mit der Bestellung zum Leiter der Sektion Vorgeschichte im Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau, das Generalgouverneur Hans Frank gegründet hatte. Nach Fronteinsatz (1943-1945) und kurzer britischer Kriegsgefangenschaft ließ sich Radig in Thüringen nieder, wo er schon 1946 in die LDP sowie bis 1950 in verschiedene Massenorganisationen der DDR eintrat und in der Denkmalpflege, in der Museumslandschaft und in der Erwachsenenbildung Fuß fassen konnte, bis er 1951 im Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst bei der Deutschen Bauakademie eine feste Stelle antrat. Von 1957 bis zu seiner Pensionierung 1968 war der ehemalige Sektionsleiter dann an der Deutschen Akademie Wissenschaften (DAW) beschäftigt, wo er zunächst in der Redaktion des Akademie-Jahrbuches, seit 1962 am Institut für Volkskunde tätig war.

Als Radig 1953/54 erstmals in das Visier des MfS geriet, waren offenbar seine Westkontakte ausschlaggebend. Um ihn zur „Aufklärung und Bearbeitung bürgerlicher Wissenschaftler aus den Reihen der DAW“ als IM anzuwerben, fanden fünf Jahre später, 1959, zwei Treffen statt, bei denen sich der Kandidat als durchaus auskunftsfreudig erwies. Zu diesem Zeitpunkt wusste die Stasi über die NS-Vergangenheit des Akademieangestellten nicht mehr, als dieser in Frage- und Personalbögen angegeben hatte. Obwohl Radigs Tätigkeit am IDO schon 1959 in einer Publikation aufgedeckt worden war, dauerte es bis 1961, ehe das MfS durch einen polnischen Informanten auf diese Zusammenhänge aufmerksam wurde und einen Akademie-IM mit der „Aufklärung“ beauftragte. Nichts hätte Radig mehr entlasten können als die IM-Einschätzung, er habe lediglich „für sein persönliches Fortkommen nützliche Konzessionen an die faschistische Ideologie“ gemacht. Vor dem Hintergrund der Integrationspolitik des SED-Staates wird auch verständlich, warum eine Petition der Betriebsorganisation der SED im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle gegen die Kandidatur des LDPD-Mitgliedes für die Berliner Stadtverordnetenversammlung zwar zu seinem Rückzug von der Kandidatur führte, für seine berufliche Stellung aber folgenlos blieb. Obwohl das MfS damit lückenlos über die Laufbahn Radigs während des NS informiert war, verstrich auch diese Gelegenheit, ihn, ggf. unter Druck als IM anzu-

werben. Dieser sozusagen „offiziellen“ Aktenlage des IM-Vorlaufes, aus der ebenso viel historisches Unwissen wie mangelnde Archivkenntnisse sprechen, steht das Wissen von Zeitgenossen und Kollegen gegenüber. Schon Georg Bierbaum, Radigs ehemaliger Vorgesetzter in der sächsischen Bodendenkmalpflege bis 1934, äußerte sich 1947 in einem Schreiben an den Leipziger Lehrer Rudolf Moschkau unmissverständlich und emotional über die NS-Karriere des damaligen Reichsbundlandesleiters und Gefolgsmannes Reinerths. Bei seiner Anstellung an der Deutschen Bauakademie waren Vorgesetzte und Kollegen über seine „faschistische Vergangenheit“ ebenso im Bilde wie sechs Jahre später bei seinem Wechsel an die DAW. Vor der Anpassungsbereitschaft des Prähistorikers, der durch seine „Lernwilligkeit“ und Mitarbeit im neuen Staat auffiel, verblasste sogar der Makel einer Leitungsfunktion an einer herausgehobenen NS-Institution im besetzten Polen. Radig hatte von den Integrationsangeboten in der SBZ und DDR früh und rege Gebrauch gemacht, sich also „bald nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ausschließlich in den Dienst unserer neuen Gesellschaft gestellt“ und war nach einer Bewährung von mehreren Jahren sowohl beruflich als auch sozial vollständig in der Deutschen Demokratischen Republik „angekommen“. Die letzten Jahre seines Berufsleben betätigte sich der Akademiemitarbeiter ohnehin nicht mehr als Prähistoriker, sondern als Hausforscher. 1961 wurde er für sein Engagement bei der Inventarisierung historisch-volkskundlich wertvoller Bauten und der Popularisierung der Hausforschung mit der Johannes-R.-Becher Medaille in Gold, Anfang der 1980er Jahre für seine Lebenswerk im Arbeiter- und Bauernstaat schließlich mit dem Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Bronze ausgezeichnet.

**Marie Vigener, M.A.**

## **"Schäbigste Opportunität und Charakterschwäche"? - Mitgliederstreichungen beim Deutschen Archäologischen Institut, 1938-1953**

Im Mittelpunkt des Vortrages stand die Frage, wie das deutsche Archäologische Institut mit dem Erbe der NS-Zeit nach 1945 umging, am Beispiel der Mitgliederstreichungen aus politischen Gründen während der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik. Im Umgang mit der NS-Vergangenheit sind zwei Phasen zu sehen: die unmittelbare Nachkriegszeit, in der wesentliche Teile des Narrativs der „sauberen Archäologie“ entstanden, und die fünfziger Jahre, in denen eine personelle und institutionelle Kontinuität wiederum eine entschiedene Zäsur verhinderte.

Carl Weickert, der 1945 kommissarisch die Leitung des Deutschen Archäologischen Instituts übernommen hatte, und seine Mitarbeiter standen nach Kriegsende vor enormen Problemen. Das DAI bestand faktisch nicht mehr, die Auslandsabteilungen in Rom, Athen, Istanbul, Kairo und Bagdad waren geschlossen und standen unter Sequester, die RGK war dem Lande Hessen unterstellt. Die Kontakte ins Ausland waren seit Jahren unterbrochen, zahlreiche Mitglieder hatten ihre Mitgliedschaft gekündigt, waren umgezogen, viele deutsche Archäologen waren gefallen oder ihr Aufenthaltsort war unbekannt. Es galt daher zunächst eine aktuelle Mitgliederliste zu erstellen. Das Institut sandte 1946 allen Mitgliedern eine Fragekarte mit der Bitte um ihre aktuellen Daten, ohne weiteren Kommentar auch den ehemaligen jüdischen deutschen Mitgliedern. Diese waren 1938 auf Druck des Reichserziehungsministeriums, der vorgesetzten Behörde des DAI, gestrichen worden.

Überraschend problemlos kehrten die meisten der ehemaligen Mitglieder zurück. Eine Debatte entzündete sich erst an dem Einzigen, der sich einer umstandslosen Rückkehr verweigerte und seinerseits den Ausschluss NS-belasteter Mitglieder forderte. Weickert und die meisten ZD-Mitglieder empfanden das als Zumutung. Die Antwort war ablehnend und dilatorisch. Damit schien die Angelegenheit erledigt.

Erst 1953 stellte sich das Problem erneut. Im Zuge der wieder angeknüpften internationalen Kontakte diskutierte man erneut, sich nun doch von den belasteten Archäologen und politischen Ehrenmitgliedern zu trennen.

Man entschloss sich jedoch, nur die Nicht-Gelehrten, also Militärs und NS-Politiker, zu streichen, ohne sie davon in Kenntnis zu setzen. Die stark belasteten NS-Archäologen, darunter Ortsgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, blieben Mitglieder. Das DAI verzichtete lediglich darauf, sie anzuschreiben oder ihnen Publikationen zuzusenden.

Der zögerliche Umgang mit den belasteten Mitgliedern erklärt sich sicherlich aus dem Mangel an politischem oder gesellschaftlichem Druck, sich entschieden von der NS-Vergangenheit abzuwenden.

Kaum ein Emigrant kehrte zurück oder verlangte eine entschiedene Säuberung, auch das trug zu der mangelnden Selbstkritik bei.



**Dr. Jasper von Richthofen**  
**Kriegsverlust und Beutekunst**

**Der schwierige Umgang mit kriegsverlagerten Kulturgütern am Beispiel des Kulturhistorischen Museums Görlitz**

Sammlungsgeschichte:

Erste archäologische Funde, die in Königswartha bei Bautzen ausgegraben wurden, kaufte 1798 die 1779 gegründete Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften. Seit 1873 sammelte auch das Museum für Alterthum und Kunst, welches aus der Görlitzer Rüstkammer hervorgegangen war, archäologische Funde. Nach der Gründung der Gesellschaft für Anthropologie und Urgeschichte der Oberlausitz im Jahre 1888 durch Ludwig Feyerabend werden zahlreiche Grabungen durchgeführt, deren erklärtes Ziel die Schaffung einer repräsentativen Sammlung war. Feyerabend eröffnet als dessen erster Direktor 1904 das Kaiser-Friedrich-Museum in der Ruhmeshalle (heute: dom kultury in Zgorzelec). Im Jahr 1932 wurde das Museum durch den Kaisertrutz mit einer stadtgeschichtlichen und einer archäologischen Ausstellung erweitert. Hier brachte man auch das archäologische Depot unter. 1936 wurde Görlitz Bezirkstelle Oberlausitz des schlesischen Landesamtes für Vorgeschichte in Breslau. Bis 1945 wird die komplette Preußische Oberlausitz, Provinz Niederschlesien, von Görlitz aus bodendenkmalpflegerisch betreut. Von 1953 bis 1993 gehörten nur noch die Altkreise Niesky und Görlitz zum Arbeitsgebiet der Görlitzer Archäologen, bis 1953 zählte ferner der an den einstigen DDR-Bezirk Cottbus abgegebene Kreis Weißwasser dazu. Die archäologische Sammlung umfasst heute etwa 50.000 Bestandseinheiten.

Personen:

Von 1928 bis 1936 betreut Otto-Friedrich Gandert als Nachfolger des 1927 verstorbenen Ludwig Feyerabend die Abt. Ur- und Frühgeschichte. Als Direktor folgt er von 1934 bis 1936 Ernst Polaczek, der von 1927 bis 1933 das Haus leitete und 1933 aufgrund seiner jüdischen Herkunft aus dem Amt gedrängt wurde. Von 1936 bis 1951 leitete der Kunsthistoriker Sigfried Asche das Museum. Von 1935 bis 1945 war Hans-Adolf Schultz für die Ur- und Frühgeschichte zuständig. Nach dem Krieg betreuten die Prähistoriker Günter Rennebach (1959-1971) und später Lutz Oberhofer (1971-1986) die archäologische Sammlung. Außerdem waren die Grabungstechniker Bruno Friedland und Heiner Mitschke am Hause tätig.

#### Auslagerung:

Bereits im Jahr 1939 kam es zur kriegsbedingten Schließung des Museums. Nach entsprechenden staatlichen Erlassen wurden im Juli und Dezember 1943 Auslagerung großer Teile der Kunst- und Kunsthandwerksammlung u. a. auf die Rittergüter Florsdorf und Kuhna, östlich der Neiße vorgenommen. 1944 oder Anfang 1945 erfolgte aus Platzmangel teilweise Umlagerung von Florsdorf in das Schloss Krobnitz westliche der Neiße. Im Oktober 1943 wurden 18 Kartons mit arch. Funden aus der Ausstellung sowie Karten und Akten in den Luftschutzkeller des Landesamtes für Vorgeschichte im Ständehaus in der Stadt verbracht. Im Mai 1944 werden weitere 30 Kisten mit arch. Funden nach Groß Krauscha überführt. Im Sommer 1945 kam es auf Befehl der sowjetischen Militärkommandantur zu ersten Rücktransporten diverser Objekte aus dem Schloss Kuhna. Nur ein geringer Teil der Sammlungsgüter kann jedoch nach Görlitz zurückgeholt werden. Etwa 80 % der Museumssammlung verbleiben aufgrund der Kriegsauslagerung östlich der Neiße und sind bis heute im Besitz des polnischen Staates oder gelten als Kriegsverlust. Die Inbesitznahme der Kulturgüter durch Polen gründet sich u. a. auf den „Görlitzer Vertrag“ über die Oder-Neiße-Friedensgrenze, der am 6. Juli 1950 von Józef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl im Dom Kultury, dem einstigen Kaiser-Friedrich-Museum, der nunmehr polnischen Stadt Zgorzelec unterzeichnet wurde.

#### Fallbeispiele:

Dolchhort von Klein Neundorf, späte Bronzezeit: Von ursprünglich 3 Dolchen ist heute noch einer erhalten; Fibel von Kirchwinkel, mittlere Bronzezeit: Verlust; Hacksilberschatz von Meschwitz, Frühmittelalter: Der Schmuck ist Verlust, die Münzen großteilig noch erhalten; Hortfund von Jahmen, jüngere Bronzezeit: Von 11 Fundstücken sind heute noch 3 Oberarmringe vorhanden; Hacksilberschatz von Mahnau/Maniów, Frühmittelalter: Schatzgefäß, Schmuck und Textilreste sind noch in der Sammlung, die 450 zugehörigen Münzen befinden sich heute im Münzkabinett des Staatlichen Museums in Warschau (M. Haisig: Wczesnośredniowieczne skarby srebrne z Małopolski, Śląska, Warmii i Mazur, 1966). Die Rückkehr der Görlitzer Museumssammlung ist auch bei Kenntnis aktueller Standorte etwa in polnischen staatlichen Museen aufgrund unterschiedlicher juristischer Auffassungen zwischen Polen, Russland und Deutschland zum Umgang mit kriegsverlagerten Kulturgütern und Beutekunst äußerst fraglich. Kooperationen und zeitaufwändige Provenienzrecherchen sind auf der Arbeitsebene zwischen den Museen inzwischen allerdings durchaus möglich.

**Dr. Thomas Widera**

## **Wissenschaft oder Mission? Die "Aufbauarbeit" des sächsischen Landesmuseums und des Landesamtes für Vorgeschichte**

Der Beitrag untersucht das Verhältnis von Wandel und Dauer im Anschluss an die nationalsozialistische Diktatur bis 1952 und fragt nach konkreten Veränderungen in den Institutionen der Vor- und Frühgeschichte in Sachsen und ob in dieser Zeit ein Neuanfang stattgefunden hat. Denn die Situation in Dresden war 1945 für den sächsischen Landespfleger Georg Bierbaum unabsehbar schwierig. Praktisch existierten nach den verheerenden Bombenangriffen auf Dresden weder die Dienststelle des Landespflegers für Bodenaltertümer noch das Landesmuseum für Vorgeschichte.

Insbesondere Bierbaums späterer Nachfolger Werner Coblenz erwarb große Verdienste beim Wiederaufbau und konnte im Sommer 1946 erste Erfolge vorweisen. Einerseits knüpfte er an den vorherigen Zustand an, andererseits begründete er unter Hinweis auf die Zerstörung seine Auffassung über die seiner Ansicht nach stattgefundene radikale Erneuerung. Zur gleichen Zeit geriet die Bodendenkmalpflege zunehmend unter politischen Druck, ausgelöst durch die im Vergleich zu anderen kulturellen Institutionen kulturelle Nachrangigkeit des Landesmuseums für Vorgeschichte. Mehrmals erfolgten strukturelle Eingriffe mit dem Ziel, die Vorgeschichte anderen Einrichtungen anzugliedern. Da Museen als kulturelle Erziehungsinstrumente die kulturpolitische Flanke die SED-Herrschaft stabilisieren sollten, entstand aus dem mangelnden Gegenwartsbezug des Fachs dessen erhöhter Legitimationsbedarf. Auch wenn die Bestrebungen zur Schaffung eines Museums für Kulturgeschichte 1948 in Dresden und der wenig später erfolgte Aufbau eines Landesamtes für Volkskunde und Denkmalpflege keinen Bestand hatten, zeigte sich in diesen Entwicklungen die starke Politikabhängigkeit. Obwohl der Wissenschaftler Coblenz sich an dem neuen politischen Vokabular orientierte, konnten Anpassung an die Politik und deren inhaltliche Antizipation Einmischungen in die wissenschaftlichen Belange nicht verhindern. Bis 1945 war die Bodendenkmalpflege und die vorgeschichtliche Museumsarbeit vorrangig mittelbar über die Verteilung finanzieller Ressourcen gelenkt worden, danach verschob sich die Relation zugunsten unmittelbarer Intervention. Bindung an einen politischen Auftrag wurde zur Voraussetzung wissenschaftlicher Tätigkeit.

Erst nach Auflösung der Länder in der DDR 1952 gelangte auch in Sachsen die vorgeschichtliche Bodendenkmalpflege in ein ruhigeres Fahrwasser, Leitinstitution der Landesmuseen für Vorgeschichte wurde schließlich die Sektion für Vor- und Frühgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

**Roman Grabolle, M.A. / Jan Jeskow, M.A.**

**Gotthard Neumann (1902–1972) – Vom Vorgeschichtspräsident zum Waldarbeiter und zurück. Entnazifizierung, Wiedereinstellung und Reintegration an der Universität Jena in der SBZ und frühen DDR.**

Der Beitrag widmete sich Gotthard Neumann (1902–1972), der von 1934 bis 1941 und 1953 bis 1967 als Professor für Ur- und Frühgeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena wirkte, zuvor aber auch eine zeitlang am Staatlichen Museum für Mineralogie, Geologie und Vorgeschichte in Dresden tätig gewesen war (1927–1930).

Nach einer Kurzbiographie über seine familiäre Herkunft aus einem christlich-nationalliberalen Umfeld und seine Ausbildung in der Weimarer Republik wurden die wissenschaftliche Tätigkeit und Karriere im Nationalsozialismus bewertet.<sup>1</sup> Daran anknüpfend lag der Schwerpunkt des Vortrages auf Gotthard Neumanns beruflichem und privatem Werdegang in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der frühen DDR. In dem Entnazifizierungsverfahren an der Universität Jena – in der fast 64 % des Lehrkörpers als Parteimitglieder bzw. Parteianwärter der NSDAP angehört hatten – wurde er im Dezember 1945 entlassen.

Mit der Hilfe wohlwollender Gutachten bekannter Ur- und Frühgeschichtspräsidenten wie Gustav Schwantes und Gero von Merhart und einer Reihe weiterer „Persilscheine“ von Kollegen und Freunden (u.a. von Alfred Götze und Bernhard Struck) bemühte sich die Universität erfolgreich um eine schrittweise Wiedereinstellung. So kehrte Neumann als Präparator für „*reine physische Arbeiten*“ im Jahr 1947 an das Vorgeschichtliche Museum der Universität Jena zurück und wurde dort 1950 wissenschaftlicher Assistent. Nach diesem Statusverlust stellte das Staatssekretariat für Hochschulwesen erst 1952 die Frage nach der „*Möglichkeit der Wiederverwendung*“ für Gotthard Neumann im Rahmen einer Professur. In einem streng vertraulichen Gutachten vom 16. Januar 1953 kam Karl-Heinz Otto (Museum für Deutsche Geschichte) zu dem Schluss: „*In der Nazizeit war Prof. Neumann ein Vertreter der Naziideologie, hat sich jedoch m. W. keines Verbrechens gegen die Menschlichkeit oder anderer Delikte schuldig gemacht [...]. [Daher] bin ich der Meinung, daß man die wertvollen Spezialkenntnisse Prof. Neumanns, die er als einziger in dieser Weise für Thüringen besitzt, für die Ausbildung des Forschungsnachwuchses nutzen sollte.*“ Entsprechend schlug das Staatssekretariat vor, Neumann nach Halle/Saale oder Berlin an „*ein Institut, an dem ein grösseres Kollektiv fortschrittlicher Mitarbeiter vorhanden [sei]*“, zu versetzen. Dieser lehnte das Angebot jedoch ab und übernahm stattdessen mit Wirkung zum 1. Januar 1953 eine Stelle als wissenschaftlicher Oberassistent in Jena. Bereits am 1.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Roman Grabolle, Uwe Hofffeld und Klaus Schmidt: Ur- und Frühgeschichte in Jena 1930–1945. Lehren, Forschen und Graben für Germanien? In: Uwe Hofffeld, Jürgen John, Oliver Lemuth und Rüdiger Stutz (Hrsg.): Kämpferische Wissenschaft. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln, Weimar, Wien 2003, S. 868–912, ISBN 3-412-04102-5 sowie den Artikel über Gotthard Neumann in der deutschen Wikipedia unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Gotthard\\_Neumann](http://de.wikipedia.org/wiki/Gotthard_Neumann) .)

November desselben Jahres wurde er hier zum Professor mit vollem Lehrauftrag für Ur- und Frühgeschichte und Direktor des Vorgeschichtlichen Museums, Institut für prähistorische Archäologie, ernannt.



**Dr. Michael Strobel**

## **Diskussionsanstöße/ Fazit**

### 1. Etappenbildung

Zur Strukturierung fachgeschichtlicher Entwicklungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze bietet sich folgende Gliederung an:

#### 1945-1949 Trümmerphase: Selbstfindung durch Ausgrenzung

Diese erste Phase bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten ist durch den Ausschluss des führenden Prähistorikers aus dem Rosenberglager, Hans Reinert, gekennzeichnet; die Selbststilisierung der SS-Archäologen zu Opfern des Amtes Rosenberg vollzieht sich synchron in der SBZ ebenso wie in den westlichen Besatzungszonen und ist auch deshalb so erfolgreich, weil die Alliierten keine abgestimmte, konsequente Entnazifizierung verfolgten. Selbst einem tief in den Vernichtungskrieg verstrickten Archäologen wie Herbert Jankuhn ist es gelungen, schließlich als Mitläufer aus den Spruchkammerverfahren hervorzugehen. In nur vier Jahren wurden die Grundlagen für die Kohäsion des Faches gelegt und in der klassischen Archäologie auf Kosten emigrierter Vertreter zusätzlich gefestigt. Gero Merhart von Bernegg, Marburg, Gustav Schwantes, Kiel und Wilhelm Unverzagt, Berlin steuern durch Gutachten die Entlastung und allmähliche Rückkehr von Schülern und Kollegen in die Universitäten, Museen und Denkmalpflegeämter und legen die organisatorischen wie institutionellen Grundlagen künftiger Fachstrukturen. Kommunikation und personeller Austausch zwischen SBZ und Westzonen unterliegen vor allem Reise- und Transporterschwernissen, eine Teilung Deutschlands liegt noch außerhalb des Erwartungshorizontes der Masse der Archäologen. Einer vertreibungsbedingten Ost-West gerichteten Mobilität stehen auch Beispiele in entgegengesetzter Richtung gegenüber. In der Summe dominieren auf beiden Seiten personelle, institutionelle und inhaltlich-methodische Kontinuitäten.

#### 1949-1961

Die 1950er Jahre sind geprägt von der Festigung bestehender Netzwerke und der Formierung neuer Strukturen, die bereits vom Riss der deutschen Teilung durchzogen sind. Im Osten gehen das DAW-Institut, DAI/RGK bzw. föderale Institutionen in der Bundesrepublik getrennte Wege, wenngleich persönliche Kontakte, Bindungen und Austausch noch nicht gekappt sind. Während in der DDR 1954 ein übergreifendes Denkmalschutz erlassen wird, scheitert in der BRD eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung an föderalen Interessen.

#### 1963-1970

Verfestigung und Fortentwicklung von Strukturen. Maßgeblichen Fachvertreten gelingt es in Interviews, Fachhistorikern (Bollmus, Kater) die Legende ihrer Opferrolle zu soufflieren und damit auch fachhistoriographisch sanktionieren zu lassen.

## 2. Biographien

Es dominieren biographische Zugriffe. Ist der biographische Ansatz bereits ausgeschöpft? Es fehlen noch zahlreiche Einzelbiographien, insbesondere auch im Osten. Desiderat bleibt häufig eine Einbindung in übergeordnete Entwicklungen bzw. Kontextualisierung. Zum Beispiel entspricht Herbert Januhn dem klassischen Profil des Einsatzgruppenführers mit akademischer Ausbildung. Die Defizite subjektiver, schwer kontrollierbarer Zeitzeugenaussagen könnten durch eine systematische oral-history kompensiert werden.

## 3. Verhältnis von Politik/ Staat-Gesellschaft-Wissenschaft

Unabhängig von politischen Systemen ist die Beziehung strukturell ähnlich. Mobilisierung von Mitteln, Gewinnung von Entscheidungsträgern in Bürokratie und Politik, Personalrekrutierung unterscheiden sich nur graduell in totalitären oder demokratischen Strukturen? Der Erfolg und Misserfolg der Ressourcenmobilisierung könnte im Vergleich von Geldflüssen und Mittelvergabe systematisch analysiert werden. Sie beeinflussen nicht zuletzt auch Wanderungsbewegungen von Wissenschaftlern.

## 4. Öffentlichkeit

Archäologen prägen Geschichtsbilder; die Produktion und Medialisierung archäologischen Wissens ist ein Desiderat fachhistoriographischer Forschung. Dazu gehören Veränderungen und Konstanten in Museumskonzepten ebenso wie populäre, teilweise rechtsextreme Publikationen.

## 5. Methoden- und Theoriediskussion

Die prähistorische Archäologie hält auch nach 1945 zäh an ethnozentrischen Konzepten fest; dies gilt besonders für die Frühmittelalterarchäologie. Zur Fachhistoriographie gehört daher auch die diachrone Analyse von Deutungsmustern. Auch im antiquarischen Paradigma wirkt subkutan die „ethnische“ Deutung. Funktionalismus und „Siedlungsarchäologie“ können sich in der Breite nicht durchsetzen. Neue Techniken und Naturwissenschaften können breite Methodendiskussion nicht ersetzen.

## 6. Selbstbezüglichkeit

Die Fachentwicklung darf von der Geschichte anderer Geisteswissenschaften nicht abgekoppelt werden. Streckenweise konnten bereits zahlreiche Parallelen zur Volkskunde, Germanistik etc. herausgearbeitet werden. Umgekehrt waren auch Archäologen in Projekten von Nachbarwissenschaften beteiligt (Atlas für deutsche Volkskunde).

## 7. Museen

Auch tagespolitische Relevanz erhält das Thema in der Frage kriegsbedingter Verluste, Zerstörungen und Verlagerungen. Eine gründliche Bestandserfassung und -rekonstruktion gehören zu den Zukunftsaufgaben von Museen.